

ÖSTERREICH 1918 plus

DIE 8er-JAHRE UND DIE POLITISCHE BILDUNG

1918 | 1928 | 1938 | 1948 | 1958 | 1968 | 1978 | 1988 | 1998 | 2008 | 2018

1978 BIS 1988

THEMENSCHWERPUNKT ATOMKRAFT

Die späten 1970er- und 1980er-Jahre standen in Österreich im Zeichen großer politischer Umbrüche. In dieser Zeit wurde das Bild von Österreich als „Insel der Seligen“ nachhaltig erschüttert: Die politische Stabilität und sozio-ökonomische Sicherheit der Nachkriegsjahrzehnte, welche wesentlich im schwarz-roten Konsensverhältnis, dem Wirtschaftswachstum, dem Einfluss der Sozialpartnerschaft und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates begründet waren, gerieten zunehmend ins Wanken. Wirtschaftliche Einbrüche sorgten für steigende Arbeitslosigkeit und Unsicherheit; in der Zivilgesellschaft wuchs die Unzufriedenheit mit den verkrusteten politischen Strukturen. Die Dominanz der zwei großen politischen Lager Sozialdemokratie und Christlich-Konservative wurde schließlich von neuen politischen (Protest-)Bewegungen und Parteien gebrochen.

Bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren hatten junge ÖsterreicherInnen im Zuge der internationalen Studierendenproteste und der Friedensbewegung begonnen, gegen die autoritäre Nachkriegsgesellschaft zu rebellieren (siehe dazu auch das Heft *polis* aktuell 6/2018: Protest). An der Wende zu den 1980ern gewannen Umweltthemen immer größere Bedeutung – die Debatte über die Nutzung von Atomkraft zur Energiegewinnung im Fall des Kraftwerks im niederösterreichischen Zwentendorf wurde dabei zu einem Meilenstein der österreichischen Demokratiegeschichte. Dass die Nutzung von Kernenergie in Österreich seit 1978 gesetzlich verboten ist, bedeutet allerdings nicht, dass die österreichischen BürgerInnen vor den Risiken der Atomkraft völlig geschützt sind. Nach wie vor werden in nahezu allen Nachbarländern Österreichs Atomkraftwerke betrieben, und im Falle eines Reaktorunfalls würde gefährliche Strahlung vor nationalen Grenzen nicht Halt machen.

Welche Risiken – aber auch Vorteile – mit Atomkraft verbunden sind, wird im Themenheft *polis* aktuell 7/2018 „Atomkraft pro und contra“ auf spannende Art und Weise beleuchtet.



DAS ENDE DER „ÄRA KREISKY“

Ab 1970 wurde Österreich – zunächst in einer SPÖ-Minderheitsregierung, ab 1971 mit absoluter Parlamentsmehrheit – von Regierungen unter Bundeskanzler Bruno Kreisky regiert. Obwohl es bereits in den 1970er-Jahren zu Wirtschaftskrisen gekommen war („Ölpreisschock“ 1973), war es immer wieder gelungen, die Phasen der Rezession durch vermehrte Staatsausgaben abzufedern („Austrokeynesianismus“). Als 1979 die zweite Ölpreiskrise hereinbrach, die staatliche Industrie an fehlenden Strukturanpassungen litt und mehrere Korruptionsskandale (AKH, Lucona) die Republik erschütterten, trauten viele WählerInnen der SPÖ-Regierung nicht mehr länger zu, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme meistern zu können. Dazu kam die Auflösung der Lagerbindung nicht zuletzt durch die Tertiärisierung. Die klassischen Konfliktfelder – der religiös-konfessionelle und der Klassenkonflikt – verloren an Bedeutung und die Stammwählerschaft nahm ab. Bei den Nationalratswahlen 1983 verlor die SPÖ die absolute Mehrheit und Kreisky trat zurück; es folgte eine Koalition aus SPÖ und FPÖ.

DIE ENTSTEHUNG DER ÖSTERREICHISCHEN UMWELTBEWEGUNG

In den 1970er-Jahren gewannen Umweltthemen global an Wichtigkeit. Mit seinem Bericht *Die Grenzen des Wachstums* erlangte der Club of Rome 1972 weltweite Beachtung. Im Jahr 1979 fand in Genf die erste Weltklimakonferenz statt. Auch in Österreich zeigte sich in der Bevölkerung ein wachsendes ökologisches Bewusstsein. Der Protest gegen das Atomkraftwerk in Zwentendorf 1978 markiert eine wichtige Zäsur für die Geschichte sozialer (Protest-)Bewegungen in Österreich: Zum ersten Mal widersetzte sich eine breite Front kritischer BürgerInnen den Plänen der Regierung und konnte nach Abhaltung einer Volksabstimmung die Inbetriebnahme des Kraftwerks verhindern; im Dezember 1978 wurde deswegen das so genannte „Atomsperrgesetz“ durch das Parlament verabschiedet. Viele jener PolitikerInnen und BürgerInnen, die sich 1978 noch für Zwentendorf ausgesprochen hatten, änderten im Frühjahr 1986 ihre Meinung: Der Reaktorunfall im ukrainischen Kraftwerk Tschernobyl führte deutlich die Schrecken und Risiken der Atomkraft vor Augen, zumal Österreich stark von der freigesetzten Strahlung betroffen war. Mit Tschernobyl wurde die österreichische Anti-Atom-Politik schließlich zum einhelligen gesellschaftlichen und parteipolitischen Konsens.

Ein zweiter wichtiger Meilenstein der Geschichte der österreichischen Umweltbewegung war der Widerstand gegen den Bau des Wasserkraftwerks Hainburg 1984. Zehntausende Menschen demonstrierten gegen die Zerstörung der naturbelassenen Flusslandschaft und besetzten im Dezember 1984 die Hainburger Au, um die Rodung des Auwaldes zu verhindern. Nach langwierigen und teils heftigen Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen einerseits und Arbeitern und Polizisten andererseits gab die Regierung unter SPÖ-Bundeskanzler Fred Sinowatz schließlich nach. Die Debatte um das Kraftwerk Hainburg trug maßgeblich zur Etablierung der Partei Die Grünen bei, die 1986 erstmals den Einzug in den Nationalrat schaffte.



links
Anti-Tschernobyl-Demonstration
in Wien, 1. Mai 1986.
© Robert Jäger/
APA-Archiv/picturedesk.com

rechts
Bundespräsident Kurt Waldheim
bei der Angelobung Jörg Haiders
als Kärntner Landeshauptmann,
6. Juni 1989.
© Klaus Titzer/
APA-Archiv/picturedesk.com

ZWISCHEN RECHTSPOPULISMUS UND VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

Die Grünen waren nicht die einzige politische Partei, die in den 1980er-Jahren Aufwind erfuhr. Nachdem Jörg Haider 1986 den Parteivorsitz der FPÖ übernommen hatte, vergrößerte sich der Stimmenanteil der ehemals kleinen Randpartei maßgeblich. Dabei bediente sich der Rechtspopulist Haider Parolen, die als fremdenfeindlich, rassistisch und auch als rechtsextrem verurteilt wurden. 1991 etwa relativierte er den Nationalsozialismus u.a. mit einem Verweis auf die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ des Dritten Reichs, was seine Abwahl als Landeshauptmann durch einen Misstrauensantrag des Kärntner Landtags nach sich zog. Durch Haiders Aussagen sorgte Österreichs Umgang mit dem Nationalsozialismus zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre international für Schlagzeilen: Während des Bundespräsidentenwahlkampfes 1986 war publik geworden, dass der Präsidentschaftskandidat Kurt Waldheim zwischen 1942 und 1944 Offizier in der Wehrmacht gewesen war und vermutlich auch von Kriegsverbrechen gewusst hatte. Trotz heftiger Debatten im In- und Ausland wurde Waldheim zum Bundespräsidenten gewählt. Die „Waldheim-Affäre“ führte in Österreich zu einer verstärkten öffentlichen Diskussion über die Beteiligung von ÖsterreicherInnen an NS-Verbrechen und zu einer langsamen Abkehr von der „Opferthese“. Andererseits stärkte sie FPÖ und ÖVP, welche die kritischen Stimmen aus dem Ausland als eine unrechtmäßige Einmischung in österreichische Angelegenheiten darstellten.

UNTERRICHTSSEQUENZ: VON DER ATOMEUPHORIE ZUR ANTI-ATOM-BEWEGUNG

links

Plakat pro Kernkraftwerk Zwentendorf. Text: „JA zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit Österreichs. JA zur gesicherten Energieversorgung. JA zur Erhaltung unseres Lebensstandards“.

© Votava/Imagno/picturedesk.com

rechts

Plakate gegen das Kernkraftwerk Zwentendorf. Texte: „Nein zu Zwentendorf hat Vorrang – Am 5. November geht's nicht um Taus, Götz oder Kreisky – Am 5. November geht's um Zwentendorf – Kein Parteienzwang bei der Volksabstimmung!“, „Auch ohne Zwentendorf gehen die Lichter nicht aus! Weil wir mehr Strom erzeugen als wir brauchen (1977: Import 2,1 Mrd.KW Export 6,3 Mrd.KW) ... man bis jetzt auf 40 % der nutzbaren Wasserkraft verachtet hat (Sektionschef für Energie im Handelsministerium Dr. Frank: „Die Nicht-Inbetriebnahme von Zwentendorf ist keine versorgungsmäßige Katastrophe, weil Reserven vorhanden sind!“) ... die Stromverbrauchsprognosen bis jetzt immer noch falsch waren. Deshalb am 5. November NEIN.“

© ÖNB-Bildarchiv/picturedesk.com



1. Bildimpuls zum Unterrichtseinstieg

- ⊙ **Betrachten** Sie die beiden Plakate und **beschreiben** Sie die einzelnen Gestaltungselemente (Text, Layout, Symbole ...). **Überlegen** Sie, wer der bzw. die Auftraggeber der Plakate sein könnten.
 - ⊙ **Formulieren** Sie Fragen, die sich Ihnen beim Vergleichen der beiden Plakate stellen.
2. In den 1950er-Jahren galt die Atomkraft weltweit als Segen und zukunftsweisende Technologie, welche der menschlichen Zivilisation Wohlstand und Frieden bringen würde.
- ⊙ **Lesen** Sie die folgenden Aussagen von Politikern und Intellektuellen jener Zeit und **arbeiten Sie heraus**, welche Argumente diese für die Nutzung der Atomkraft formulierten.
 - ⊙ **Recherchieren** Sie, welche dieser Argumente auch heute noch von BefürworterInnen der Atomkraft vertreten werden (siehe dazu auch das Themenheft *polis* aktuell 7/2018, S. 4-5).
 - ⊙ **Interpretieren** Sie die untenstehenden Aussagen vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Situation der Nachkriegszeit und des damals herrschenden Zeitgeists.

„Die Vereinigten Staaten wissen, dass die friedliche Nutzung der Atomenergie kein Traum der Zukunft ist. [...] Die beteiligten Regierungen sollten – in dem Umfang, wie es die einfache Vernunft gebietet – von heute an und in Zukunft gemeinsame Beiträge aus ihren Vorräten an normalem Uranium und spaltbarem Material an eine internationale Atomenergiebehörde leisten. Wir würden erwarten, dass eine solche Behörde unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eingerichtet werden würde. [...] Die wichtigste Verantwortung dieser Atomenergiebehörde wäre es, Methoden zu entwickeln, die dieses spaltbare Material so verteilen, dass es den friedlichen Bestrebungen der Menschheit dienen kann. Experten würden mobilisiert werden, um die Atomenergie auf die Bedürfnisse von Landwirtschaft, Medizin und anderen friedlichen Aktivitäten anzuwenden. Ein spezieller Nutzen wäre jener, die energiearmen Gebiete der Welt mit reichlicher elektrischer Energie zu versorgen.“

Dwight D. Eisenhower in seiner Rede „Atoms for Peace“ vor der UN-Vollversammlung (1953).

„Wie die Kettenreaktion auf der Sonne uns Wärme, Licht und Leben bringt, so schafft die Atomenergie in der blauen Atmosphäre des Friedens aus Wüste Fruchtbare, aus Eis Frühling. Einige hundert Pfund Uranium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordamerika, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln.“

Ernst Bloch, Prinzip Hoffnung (1959), S. 775.

„Die kontrollierte Kernspaltung und die auf diesem Wege zu gewinnende Kernenergie leiten den Beginn eines neuen Zeitalters für die Menschheit ein. Die Erzeugung von Elektrizität aus Kernenergie hat in solchem Umfang zu erfolgen, daß die deutsche Wirtschaft nicht mehr auf die Einfuhr überteuerter Kohle angewiesen ist, der Raubbau in Kohlengruben vermieden und die schädigende Veränderung von Landschaft und Wasserversorgung beim Abbau von Braunkohle eingeschränkt wird; [...] die Entwicklung von Kernkraftmaschinen an Stelle der Dieselmotoren und anderer Verbrennungskraftmaschinen für feste und fahrbare Kraftstationen, für Schiffe, Flugzeuge und andere Verkehrsmittel muß den Platz Deutschlands in der Reihe der Industrieländer sichern; die Verwendung der radioaktiven Isotope in Medizin, Biologie, Landwirtschaft und Industrie muß so gefördert werden, daß die großen Möglichkeiten für die Gesundheitspflege, die Züchtung neuer Pflanzenarten und die Anwendung für die technischen Produktionsprozesse auch für Deutschland voll erschlossen werden. [...] Die Atomenergie kann zu einem Segen für Hunderte von Millionen Menschen werden, die noch im Schatten leben. Deutschland muß in der Hilfe für diese Völker mitwirken, aber auch die Lebensmöglichkeiten des eigenen Volkes verbessern.“

Auszug aus dem „Atomplan“ der deutschen SPD (1956).

3. Bis in die 1970er-Jahre war die Energiegewinnung durch Atomkraft in den westlichen Gesellschaften universell anerkannt. Dann aber begann sich in immer mehr Ländern – so auch in Österreich – Protest gegen den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken zu regen.
- ⊙ **Stellen** Sie zunächst Vermutungen an, welche Gründe der veränderte Standpunkt der Zivilgesellschaft gehabt haben könnte.
 - ⊙ **Recherchieren** Sie anschließend zu den Anti-Atombewegungen in Österreich und anderen europäischen Ländern und **fassen Sie** die Argumente **zusammen**, die von den AtomgegnerInnen der 1970er vorgebracht wurden.

ÖSTERREICH 1918plus

LITERATURTIPPS

- ◉ Foltin, Robert: Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich. Wien: Edition Grundrisse, 2004.
Online unter: www.grundrisse.net/PDF/Foltin_und%20wir%20bewegen%20uns%20doch.pdf
- ◉ Halbrainer, Heimo (Hrsg.): Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf! 30 Jahre danach. Weitra: Publication PN°1 – Bibliothek der Provinz, 2008.
- ◉ Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien: Ueberreuter, 1994.
- ◉ Radkau, Joachim und Lothar Hahn: Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft. München: Oekom-Verlag, 2013.
- ◉ Rathkolb, Oliver: Demokratieentwicklung in Österreich seit dem 19. Jahrhundert. In: Informationen zur Politischen Bildung, Band 28, 2008, S. 5-17.
Online unter: www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/rathkolb_demokratieentwicklung.pdf

LEHRPLANBEZUG (POLITISCHE BILDUNG)

8. Schulstufe:

Modul 3 (Historische Bildung): Demokratie in Österreich in historischer Perspektive

Modul 7 (Historisch-politische Bildung): Gesellschaftlicher Wandel im 20. und 21. Jahrhundert

Modul 8 (Politische Bildung): Politische Mitbestimmung

11. Schulstufe:

Kompetenzmodul 5 und 6: Politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklungen vom 1. Weltkrieg bis zur Gegenwart

12. Schulstufe:

Kompetenzmodul 7: Wesentliche Transformationsprozesse im 20. und 21. Jahrhundert und grundlegende Einsichten in das Politische

ÖSTERREICH1918plus

Weiteres Arbeitsmaterial findet sich auf der Seite www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus, etwa unter den Schlagwörtern „Bundespräsident“, „Innenpolitik“, „Partei“, „Partizipation“, „Protest“, „Umwelt“, „Vergangenheitsbewältigung“ und „Volksabstimmung“ (Funktion „Filter“).

oesterreich1918plus ist ein Online-Glossar mit 101 Bildern und Geschichten aus den letzten 100 Jahren Österreichs. Die Jahreseinträge erinnern an häufig Erzähltes, sprechen aber auch Themen an, die weniger präsent oder erforscht sind. Neben zentralen politischen Entwicklungen werden alltagsgeschichtliche Blitzlichter, Minderheitenmeinungen etc. in den Blick genommen.

1978 bis 1988 auf oesterreich1918plus

- 1978 Zwentendorf und die erste Volksabstimmung
- 1979 Globale Zusammenarbeit: UNO und Weltklimakonferenz
- 1980 Zeitgeschichte- und Sexkoffer
- 1981 Dekade des Terrorismus
- 1982 Friedensbewegung
- 1983 Ministeriumsgründungen
- 1984 Milchseen und Butterberge
- 1985 Konrad-Lorenz-Volksbegehren und Austria für Afrika
- 1986 Österreichische Innenpolitik: Ein turbulentes Jahr
- 1987 Schulfächer im Wandel: Werkunterricht
- 1988 Ge- und Bedenkjahr

Impressum

Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule
Helferstorferstraße 5, 1010 Wien
T 01/42 77-274 44 | F 01/42 77-274 30
service@politik-lernen.at, www.politik-lernen.at, @Zentrum_polis

Autorin: Judith Breituß
Judith Breituß ist Universitätsassistentin und Doktorandin am Institut für Geschichte der Universität Wien (Didaktik der Geschichte und politischen Bildung).
Wien, September 2018